

Bürgerinitiative Gewerbepark Ettenheim/Mahlberg e.V.

Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Datum: 06. Dezember 2009

Ein Weihnachtsbaum von der Pelletbranche

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
liebe Frau Dr. Merkel,

anlässlich eines Berichtes am 2.12.09 in der regionalen Presse „Badische Zeitung“ Region Ettenheim, Titel: „**Baum für Kanzlerin**“ nehme ich –als Vorstand der Bürgerinitiative Gewerbepark Ettenheim/Mahlberg (BI-GP) mit über 800 Mitgliedern– die Gelegenheit wahr, Sie über ein besonderes Problem, das mittlerweile an mehreren Orten in Deutschland vorhanden ist, anzusprechen.

Die Mitglieder der Bürgerinitiative stehen wie die meisten Bürger in Deutschland den regenerativen Energien weit überwiegend positiv gegenüber.

Regenerative Energien sollen der Umwelt Nutzen bringen. Mit den Anlagen der Firma German Pellets zur Produktion von Holzpellets in unmittelbarer Wohnumgebung in Ettenheim/Mahlberg, Wismar und Herbrechtingen ist leider dieser Nutzen zu Lasten der anliegenden Firmen und Bevölkerung erkaufte worden.

Hunderte friedfertige Bürger in Ettenheim und andersorts sind über Nacht zu Betroffenen von Lärm, Staub und Gestank durch Pellets produzierende Betriebe geworden. Viele solcher Unternehmen produzieren seit Jahren vorbildlich, einige wenige jedoch sind zum Schrecken der Nachbarschaft geworden. Angrenzende Firmen und Wohnbevölkerung erleiden enorme Nachteile. Finanzielle Einbußen und eine massive, unzumutbare Verschlechterung der Lebensqualität bis hin zu gesundheitlichen Problemen sind die Folge. Manche Gewerbebetriebe fürchten sogar um ihren Bestand.

Abgesehen vom Gestank nach faulem Holz, von Staubniederschlägen und erheblichen Feinstaubaustrag, wird die Umgebung in unzumutbarer Weise verlärmte. Diese Lärmstörung wird durch einen permanenten lauten Maschinenlärm sowie durch tonhaltige Geräusche einzelner Frequenzen bestimmt.

Seite 1/3

Bürgerinitiative Gewerbepark Ettenheim/Mahlberg e.V.

Eine vor über zwei Jahren eingereichte Petition von Bürgern aus Mahlberg und Ettenheim sowie ein Lärmgutachten der DEKRA das offensichtlich eine Lärmüberschreitung feststellte, obwohl der Betrieb nur bei 93 % Last gefahren wurde, wird vom Landes-Wirtschaftsministerium in Stuttgart zurückgehalten bzw. stillgehalten.

Viele Bürger sind am Verzweifeln und beklagen den Verlust an Lebensqualität ihrer Heimat mit der sie über Generationen verwurzelt sind. Ein Wegzug ist für viele aus finanziellen Gründen nicht mehr möglich, da der Wertverlust ihrer Immobilien mittlerweile zu groß ist.

Sollte man nicht erwarten können, dass Unternehmen die Umweltprodukte herstellen, damit werben und hohe Subventionen aus Steuermitteln erhalten, mehr für eine umweltfreundliche Produktion tun? Müsste man gerade bei diesem jungen Industriezweig nicht auf eine Ausstattung nach dem modernsten Stand der Technik bestehen?

Wäre es nicht besser -auch im Interesse eines verantwortungsvollen Investors -, eine besondere Prüfung der Umweltverträglichkeit und eine entsprechende Abstandsregelung in das Genehmigungsverfahren aufzunehmen?

Die Lebensräume in Deutschland sind bekanntermaßen eng, die Dimensionen vieler Industrieanlagen werden immer größer, wodurch die konzentrierten Emissionen an einem Standort oft zu unerträglichen Immissionsbelastungen führen.

Diese Zustände werden durch ein gezieltes Unterlaufen der immissionsschutzrechtlichen Bestimmungen ermöglicht. Beispiele:

Trotz des umfangreicher Regelwerkes TA-Luft werden praktisch beliebig hohe Staubaustragungen durch optimierte Verdünnung genehmigungsfähig. Dies wird ermöglicht durch die „oder“-Bestimmungen im Regelwerk.

Um eine Genehmigungspflicht zu umgehen, werden zusammenhängende Anlagenteile separat behandelt, obwohl sie nach dem Anlagenbegriff des Bundes als eine Gesamtanlage gelten müssten.

Es wird die Verbrennung von belasteten Althölzern in dafür nicht geeigneten Verbrennungsanlagen ermöglicht, in dem der Betreiber lediglich ein obskures Brennstoffmanagement vorlegt, was in der Praxis schlichtweg wertlos ist.

Für Genehmigungen werden i.d.R. Gutachten zu Grunde gelegt, die im Auftrag des Betreibers erstellt wurden und deren Ausgangswerte auf einer Messung beruhen, die meist nicht bei einem üblichen Betriebszustand durchgeführt wurden. Manche Gutachten beziehen sich lediglich auf Annahmen oder stützen sich auf andere Prognosen.

Es entsteht der Eindruck, dass solche Gutachten nur noch dem Zweck dienen, die verantwortlichen Aufsichtsbehörden von Ihren hoheitlichen Aufgaben zu „entlasten“, Kosten zu sparen und Genehmigungsverfahren für die Investoren letztlich zu „vereinfachen“.

Für ein geordnetes Miteinander von Gewerbe und Wohnbebauung ist die Politik gefordert.

Gerade bei der dezentralen Entwicklung regenerativer Industrien sollte streng auf die Unterschreitung der Immissionsbelastungen geachtet werden um eine breite Akzeptanz zu erreichen.

Es wäre deshalb unbedingt erforderlich, die einschlägigen Rechtsvorschriften (Gesetze und Verordnungen) dergestalt anzupassen, dass für angrenzende Betriebe und Wohnbevölkerung keine unzumutbaren Belastungen zu erwarten sind.

Mittlerweile hat man in Deutschland jedoch den Eindruck, als wäre ein neoliberales Industriezeitalter angebrochen in dem rücksichtslose Geschäftemacher von der Politik geradezu hofiert werden. Auf der anderen Seite aber immer mehr Bürger zu Betroffenen werden, denen Ab-

Bürgerinitiative Gewerbepark Ettenheim/Mahlberg e.V.

wehrmöglichkeiten allein durch die finanzielle Übermacht der Verursacher verschwindend gering sind.

Somit findet faktisch eine Entrechtung der Bürger und eine schleichende Enteignung ihres hart erschaffenen Vermögens statt. Ein geordnetes Miteinander verwandelt sich mehr und mehr in einen „wilden Westen“.

Hier in der Region Ettenheim/Mahlberg aber auch in Herbrechtingen und Wismar werden hunderte von Menschen mit unzumutbaren Belastungen durch den Pelletbetrieb malträtiert. Verantwortlich dafür ist - neben einer dilettantischen, geradezu verheerenden Bauleitplanung - in erster Linie der Geschäftsführer der Firma German-Pellets, Herr Leibold.

Für uns betroffene Bürger ist deshalb der Zeitungsbericht äußerst erschütternd. Es wird der Eindruck erweckt, Herr Leibold hat Sie mit einem Geschenk (Weihnachtsbaum) für eine wohlwollende Betrachtung der Pelletbranche bzw. seiner wirtschaftlichen Interessen gestimmt.

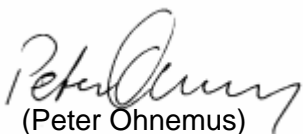
Es gibt aber auch eine Schattenseite dieses aufwändig erzeugten Holzbrennstoffes. Wir wissen aus den eingesehenen Gutachten, dass zur Herstellung von 125.000 Tonnen Pellets alleine für die Trocknung mehr als 62.000 Tonnen Holz verbrannt werden. Hinzu kommt u. a. ein enormer Stromverbrauch für Häcksler, Lüfter, Pressen und andere Maschinen.

Zu diesem Thema darf ich Sie auf einen kritischen Beitrag hinweisen, dessen Zusammenfassung mit einem Filmausschnitt ich diesem Brief beifüge.

Als Beleg dafür wie unsere lieb gewonnene Heimat Mahlberg durch dieses Pelletwerk verschandelt wurde und zunehmend mit Abgasen, Feinstaub, Fäulnisgeruch und Lärm belastet wird, lege ich diesem Schreiben eine CD mit Fotos, Kurzfilmen und Tonaufzeichnungen bei.

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel, ich bitte Sie höflichst, die Sorgen der betroffenen Bürger ernst zu nehmen und wäre Ihnen dankbar, diese Informationen in Ihre weitreichenden Entscheidungen mit einfließen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen



(Peter Ohnemus)
Vorsitzender der BI-GP